



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

41. Ratssitzung vom 15. März 2023

1532. 2022/448

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 14.09.2022: Verzicht auf das Förderprogramm «Heizungersatz und Heizungsoptimierung» aufgrund der Energie-Krise

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 630/2022): *Der Stadtrat möchte Menschen, die sich aufgrund der Strommangellage in einer Problemsituation wiederfinden, Energiezulagen auszahlen. Gleichzeitig möchte er fossile Heizungen, die noch nicht amortisiert sind, abreißen lassen und mit Strom betriebene Wärmepumpen installieren. Diese widersprüchliche und heuchlerische Strategie soll der Steuerzahler berappen. Bereits heute besteht Strommangel. Die Energiekosten explodieren. Bald werden wir Stromausfälle und Blackouts haben. Es braucht nur einen kalten Winter und die Schweiz steht still. Auch aus ökologischer Sicht macht es keinen Sinn, Heizungen, die weniger als zehn Jahre alt sind, herausreißen zu lassen und mit stromfressenden Wärmepumpen zu ersetzen. Wir fordern den Stadtrat auf, auf das Förderprogramm «Heizungersatz und Heizungsoptimierung» zu verzichten. Fossile Heizungen sollen erst am Ende ihrer Lebensdauer mit einer anderen Lösung ersetzt werden müssen. Der technologische Fortschritt für den Umschwung muss nicht von der Politik kommen, sondern aus der Forschung. Ausserdem werden jegliche klimaschützenden Massnahmen von der wachsenden Zuwanderung wieder zunichtegemacht. Es ist wichtiger, die Zuwanderung zu stoppen, als Steuergelder für den Energieirrsinn zu verschwenden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Ein ähnlich lautender Vorstoss wurde bereits im Kantonsrat abgelehnt. Dieser sah ein, dass langfristige Lösungen gesucht werden müssen. Das bedeutet einen Ausstieg aus dem fossilen Heizen.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Anken (SVP): *Wärmepumpen und ähnliches brauchen viel Strom. Auf die Strommangellage müssen wir Rücksicht nehmen. Die Folgen einer Energiekrise wären verheerend. Ein Grossteil der betroffenen Heizungen ist weniger als zehn Jahre alt. Diese herauszureißen, ist eine massive Energieverschwendung. Das kann die Linke nicht wollen. Dies mit Steuergeldern zu bezahlen, kann nicht sein. Ausserdem sollen die Wärmepumpen mit Strom aus Gaskraftwerken versorgt werden. Dümmer kann es nicht kommen.*



Johann Widmer (SVP): *Wollt ihr Erdöl, Erdgas und Atomkraftwerke aus der Schweiz verbannen, müsst ihr 20 000 Fussballfelder mit Solarzellen belegen, einzig um den Verkehr antreiben zu können. Weitere 14 000 Felder Solarzellen braucht es für das Heizen, nochmals 16 000, um den Strom aus den Kernkraftwerken zu substituieren. Kosten würde das mitsamt Zwischenspeichern 500 Milliarden Franken. Lehnt ihr das Postulat ab, haben wir bald grosse Probleme: kalte Winter und dunkle Zeiten.*

David Ondraschek (Die Mitte): *Selbstverständlich soll das Anstreben der Netto-Null-Ziele keine Energiekrise zur Folge haben. Schreckensszenarien bringen aber nichts. Wir gehen davon aus, dass keine Heizungssysteme bloss wegen dieses Förderprogramms ersetzt werden. Zudem schätzen wir die Stromkrise als kurz- bis mittelfristig wichtig ein, die Klimakrise aber als langfristig relevant. Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.*

Martina Novak (GLP): *Die GLP lehnt das Postulat ab. Es verkennt den Kern der Sache. Das Förderprogramm ist für den Heizungsersatz und für die Heizungsoptimierung bestimmt. Stoppen wir es jetzt, geht beides verloren. Auch darf die Tatsache nicht vergessen gehen, dass immer noch rund 70 Prozent der Heizungen in der Stadt Zürich fossil betrieben werden und einen grossen Teil unserer Treibhausgasemissionen ausmachen. Es ist wichtig, dass sie ersetzt werden: Laut Berechnungen sind die Emissionen beim Bau und Einsatz einer fossilen Heizung im Vergleich mit den Emissionen während dem Heizungsbetrieb vernachlässigbar. Das Postulat versucht, eine sichere Stromversorgung gegen die Modernisierung auszuspielen. Das ist unnötig.*

Samuel Balsiger (SVP): *Spätestens bei der Abstimmung über das Stromfressergesetz im Juni wird der Bevölkerung aufgezeigt, was man ihnen wegnehmen möchte und was es kostet. Faktisch soll nämlich ein Verbot von Benzin, Gas und Öl eingeführt werden, kosten wird es einige Milliarden Franken. Nun möchte der Stadtrat ärmeren Menschen mit 17 bis 25 Milliarden Franken unter die Arme greifen. Mit der Verschlimmerung der Strommangellage werden auch die Kosten weiter aus dem Ruder laufen. Spätestens nach einem kalten Winter mit Blackouts in Zürich werden die Stimmberechtigten realisieren, was die Klimahysterie der Politik auslöst.*

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Es ist der Stadt Zürich bewusst, dass rund 40 Prozent der fossilen Heizungen weniger als zehn Jahre alt und noch nicht amortisiert sind. Deswegen kommt sie Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern mit einer Restwertentschädigung entgegen. Die Vorteile eines Umstiegs weg von der fossilen Energie sind stärker zu gewichten. Die SVP mag bei diesen Worten bloss verstehen, dass die Stadt für das Verschrotten von Ölheizungen bezahlt. Gründe, die die Notwendigkeit des fossilen Ausstiegs unterstreichen, haben wir aber genügend gehört. Die AL lehnt dieses Postulat ab.*

Derek Richter (SVP): *Meine Ölheizung ist erst 30 Jahre alt und in einem tollen Zustand. Es ist mir bewusst, dass ich damit lokal Emissionen verursache. Die Ölheizung mitsamt Speichertank ist aber äusserst sozial. Damit entlaste ich nämlich die Stromversorgung. Währenddessen herrscht in der Wärmepumpenindustrie Goldgräberstimmung. Die Lieferfristen und Preise explodieren und öffnen der Vetternwirtschaft die Tore.*



3 / 3

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Ich fasse die Strategie kurz zusammen: Zuerst lehnt man fossile Energieträger ab, dann wird man gezwungen, auf Elektro umzusteigen. Zudem möchte man keine Kernkraft, was zunehmend zu Strommangel führt. Sollen Staudämme erhöht werden, sind die Umweltschützer dagegen. Solarpanels in den Bergen werden aus Naturschutzgründen abgelehnt. Man möchte mehr Strom nutzen und gleichzeitig weniger produzieren: Das kann nur zum totalen Stillstand oder Kollaps führen.*

Das Postulat wird mit 13 gegen 101 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat